


Positionen der Diakonie Deutschland zur Bundestagswahl 2021

Neujustierung des
Sozialstaats nach Corona

VORWORT

Die Corona-Pandemie war und ist ein Stress-Test für den Einzelnen, die Gesellschaft und den Staat. Einerseits hat der Sozialstaat viele Menschen vor dem existenziellen Absturz bewahrt. Andererseits hat die Pandemie die teils schon lange bekannten Schwächen unseres Sozial- und Gesundheitssystems schonungslos offengelegt. Diese Bruchstellen müssen der nächste Bundestag und die zukünftige Bundesregierung bearbeiten, damit die Schwächsten eine lohnende Perspektive und einen Platz in der Mitte der Gesellschaft finden. Dies ist die christlich fundierte Überzeugung der Diakonie Deutschland.



Pfarrer Ulrich Lilie
Präsident



Maria Loheide
Vorstand Sozialpolitik



Dr. Jörg Kruttschnitt
Vorstand Finanzen,
Personal und Recht

Kernforderungen der Diakonie Deutschland an den 20. Deutschen Bundestag

- Das Existenzminimum für alle Menschen transparent und verlässlich sichern
- Bezahlbare Wohnungen für alle schaffen
- Klimaschutz sozial gestalten
- Familien und Frauen unterstützen und eine Kindergrundsicherung einführen
- Pflegereform umsetzen – Gesundheitssystem stärken
- Demokratie und Engagement fördern und der Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten
- Für reguläre Fluchtwege sorgen und Integration von Anfang an unterstützen

UNSERE FORDERUNGEN IM EINZELNEN

Sozialsystem armutsfest gestalten

Die Anliegen besonders verletzlicher und sozial benachteiligter oder von Armut betroffener Menschen müssen bei der Neujustierung des Sozialstaates im Fokus stehen.

Die nächste Bundesregierung muss

- das Existenzminimum ausreichend, verlässlich und transparent sichern für alle in Deutschland lebenden Menschen.
- die aktive Beschäftigungspolitik ausbauen und auf Motivation setzen.
- den sozialen Arbeitsmarkt als Regulierungsinstrument verstetigen und die Finanzierung nachhaltig sichern.
- mit Ländern und Kommunen bezahlbare Wohnungen für alle schaffen.

Kinder, Jugendliche, Familien und Frauen fördern

Die Corona-Pandemie war und ist für Familien eine große Belastung. Kinder und Jugendliche verlieren außerfamiliäre Entwicklungsfelder. Die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus armen Familien oder von geflüchteten Kindern verschärft sich, Konflikte und Gewalt nehmen zu. Die Hilfen für Familien und insbesondere für Frauen weisen Lücken auf.

Die nächste Bundesregierung muss

- die familienfördernden Leistungen sozial gerechter und transparenter ausgestalten.
- die Vielzahl an familienbezogenen Leistungen zu einer antragsfreien Kindergrundsicherung mit existenzsicherndem Sockelbetrag zusammenführen.
- Investitionsmittel für die digitale Grundausstattung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie in Frauenhäusern sicherstellen.
- einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung bei häuslicher Gewalt in einem Bundesgesetz festschreiben.

Gesundheitssystem krisenfest umbauen

Die Infrastruktur des Gesundheitssystems muss zum tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung passen und krisenfester werden. Die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten müssen dringend berechenbarer und für sie langfristig tragbar werden. Zudem haben sie Anspruch auf eine angemessene Entlohnung und ausreichende Erholungszeiten.

Die nächste Bundesregierung muss

- für ein bürgernahes und nicht von kommerziellen Interessen dominiertes Gesundheitswesen sorgen.
- eine hohe Qualität, gute Zugänglichkeit und Kontinuität der Versorgung sicherstellen.
- die sektorenübergreifende Kooperation privater, staatlicher und gemeinwohlorientierter Akteure fördern, vor allem bei der Versorgung chronisch kranker Menschen.
- den Generationenwechsel im Gesundheitswesen unterstützen und jungen Menschen Qualifizierung, attraktive Arbeitsbedingungen und langfristige Berufsperspektiven mit guten Aufstiegsmöglichkeiten bieten.

Lebensqualität im Alter ermöglichen

Die Lebenssituation pflegebedürftiger alter Menschen, die Belastungen pflegender Angehöriger und die Herausforderungen im Pflegeberuf standen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung während der Corona-Pandemie. Der Reformbedarf hat sich zugespitzt. Ein besonderer Fokus muss auf der häuslichen Pflege liegen, in der 80 Prozent der Menschen mit Pflegebedarf versorgt werden.

Die nächste Bundesregierung muss

- die Pflegeversicherung bedarfsgerecht reformieren und vor allem die Eigenanteile der Versicherten begrenzen.
- pflegende Angehörige nachhaltig entlasten und wirksam unterstützen. Dazu gehört auch eine Verbesserung ihrer Rentenansprüche.
- die Arbeitsbedingungen und Gehälter der Pflegekräfte verbessern.
- die Alterssicherung bedarfs- und generationengerecht gestalten.
- die soziale Infrastruktur hinsichtlich der Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft weiterentwickeln.

Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Dialog

Ausgrenzung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind in allen Teilen der Gesellschaft zu spüren und verstärken Spaltungstendenzen. Verschwörungsmethoden haben eine enorme Verbreitung gefunden. Beschleunigt werden diese Entwicklungen durch die Echokammern des Internets und in den sozialen Medien.

Die nächste Bundesregierung muss

- das Demokratiefördergesetz in Kraft setzen und die Zivilgesellschaft wirkungsorientiert, verlässlich, nachhaltig und sichtbar stärken.
- politische Bildung als Demokratiebildung stärker fördern.
- gegen Hate Speech und Verschwörungsmethoden in den sozialen Netzwerken eintreten und entsprechende Projekte finanziell verlässlich absichern.

Migrationsfreundliche Politik gestalten

Die Gestaltung einer sozial gerechten und teilhabeorientierten Migrationspolitik bleibt eine Daueraufgabe in der Einwanderungsgesellschaft.

Die nächste Bundesregierung muss

- die Zahl regulärer Fluchtwege vergrößern und die Anwendung von Programmen zu Resettlement, Humanitärer Aufnahme und Familienzusammenführung erweitern.
- die Wohn- und Arbeitsbedingungen für EU-Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Niedriglohnbranchen systematisch überprüfen und verbessern.
- die bestehende Verpflichtung für Flüchtlinge, zunächst in Aufnahmeeinrichtungen zu wohnen, wieder auf eine Zeitdauer von drei Monaten reduzieren und vom ersten Tag an ihre Integration in die Gesellschaft fördern.
- Geflüchteten und anderen Eingewanderten eine bedarfsgerechte und behördenunabhängige Beratung ermöglichen und ein Bundesprogramm zur Asylverfahrensberatung umsetzen.

Gemeinnützige soziale Infrastruktur krisenfest gestalten

Die vielfältigen gemeinnützigen sozialen und gesundheitlichen Dienste und Einrichtungen sind ein unverzichtbarer Baustein des Sozialstaates. Aber es gibt Strukturdefizite: Deutschland braucht eine nachhaltige Strategie zur Finanzierung einer zukunftssicheren und gemeinnützigen sozialen Infrastruktur.

Die nächste Bundesregierung muss

- das Gemeinnützigkeitsrecht entbürokratisieren und vereinfachen.
- Investitions-Förderprogramme etwa für Gebäude oder klimafreundliche Mobilität sowie zur Digitalisierung der Wirtschaft auch für die Sozialwirtschaft öffnen.
- die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege in öffentliche Innovationsstrategien integrieren und mit Partnern aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft vernetzen.
- ihre Investitionen in die öffentliche Infrastruktur erhöhen, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu gewährleisten – in der Stadt und auf dem Land.

Europa sozial und solidarisch weiterentwickeln

Die Corona-Pandemie zeigt, dass ein solidarisches Europa – trotz aller Unterschiede – möglich ist: Die unionsweite Unterstützung bei der medizinischen Versorgung und die Begrenzung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Krise durch das Programm »Next Generation EU« macht das deutlich. Hier kann in anderen Politikfeldern angeknüpft werden.

Die nächste Bundesregierung muss

- gemeinsam mit ihren EU-Partnern den inklusiven Sozialschutz europaweit stärken.
- die im »Green Deal« der EU angestoßenen Reformen in der Klima-, Digital- und Infrastrukturpolitik mit den Anforderungen der sozialen Rechte in der EU verbinden.
- in der EU verstärkt auf die Einhaltung der in der UN-Charta und im Grundgesetz verbrieften Menschenrechte und Flüchtlingsschutz bestehen. Darauf aufbauend muss sie eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik einfordern, die die Rechte der Asylsuchenden gewährleistet.

**Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für Diakonie
und Entwicklung e. V.**

Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

T +49 30 652 11-0

F +49 30 652 11-3333

diakonie@diakonie.de

www.diakonie.de

<https://www.diakonie.de/bundestagswahl-2021>